

projekt **odra**

Die Drehbücher

Inhalt

Migration	3
Die ersten Kriegsjahre 1939 – 1941	8
#GermanDeathCamps	13
Reparationen	20

Migration

Marvin Rees: Hallo! und Witaj! zu einem weiteren Video der #projektODRA-Reihe, bei dem sich unser Team mit den deutsch-polnischen Beziehungen auseinandersetzt. In dieser Folge möchte ich über Migration und Flüchtlinge reden - und zwar von früher und von heute.

INTRO

Marvin Rees: Die Migration wurde durch die Flüchtlingskrise zu einem Thema in den Nachrichten und den Sozialen Medien. Auf YouTube werden unter den eben gezeigten Videos heftige Diskussionen geführt, ob man die Flüchtlinge aufnehmen sollte. Herr Demantowsky was ist denn genau Migration?

Marko Demantowsky: Migration ist die Verschiebung des Lebensmittelpunktes von Menschen. Also bspw. wenn eine Familie vom einem Land in ein anderes zieht. Sie kann freiwillig oder gezwungenermassen stattfinden. Diejenigen die durch Krieg oder Katastrophen ihre Heimat verlassen müssen, werden als Flüchtlinge bezeichnet. Gerade in der deutsch-polnischen Geschichte spielt diese Zwangsmigration eine grosse Rolle.

Marvin Rees: Wenn man die beiden Videoausschnitte beachtet, ist es heute wohl eine Möglichkeit im Umgang mit den Flüchtlingen, die Grenzen in Europa einfach zuzumachen?

Marko Demantowsky: Ein Teil der Politiker*innen in Deutschland und Polen sieht die Sicherheit des Landes durch muslimische Einwanderer*innen gefährdet. Oft wird eine angeblich drohende Islamisierung angeführt, die vor allem aus zwei Gründen schaden könne. Erstens sehen sie die eigene Kultur, die eigene nationale Identität durch nicht-christliche Zuwanderung bedroht, zweitens unterscheiden sie oftmals nicht zwischen den Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Terrorist*innen, wie man im Videoausschnitt vorher gut sehen konnte. Sie folgen der Behauptung, dass man, wenn man keine Muslime ins Land lässt, auch keinen Terroranschlag befürchten müsste.

Marvin Rees: Aber Deutschland gilt doch als Vorbild für die Aufnahme von Flüchtlingen. Kanzlerin Merkel macht sogar Selfies mit eben diesen Menschen, die nach Deutschland geflohen sind.

Marko Demantowsky: Das täuscht jedoch über eine Spaltung der deutschen Gesellschaft hinweg, die sich seit einigen Jahren abzeichnet. Es entwickelte sich eine Neue Rechte, die ihre Sichtweisen in der Öffentlichkeit verbreitet. Dies nicht nur mithilfe

provozierender Postings in den Sozialen Medien, sondern auch auf der Strasse, bei Demonstrationen und Kundgebungen. Stellvertretend hierfür kann Pegida genannt werden, die seit 2014 regelmässig viel beachtete Demonstrationen organisiert. Mit der AfD ist sogar eine Partei mit diesen Ansichten im Deutschen Bundestag vertreten.

Marko Demantowsky: Die Rechtspopulist*innen verbindet in Deutschland und Polen die Verbreitung anti-islamischer Behauptungen und die Angstmacherei vor Einwanderer*innen aus dem Nahen Osten. Wie man auf den eingeblendeten Plakaten sieht, wirft die extrem vereinfachende Islamkritik dabei sämtliche Prägungen und Facetten der Religion und ihrer Anhänger in einen Topf, was typisch ist für die Entstehung und Verbreitung von sogenannten Feindbildern. Die eigentlichen Inhalte scheinen dabei oft keine Rolle zu spielen. Die Menschen aus dem Nahen Osten werden direkt mit der Bezeichnung "Flüchtling" gelabelt.

Marvin Rees: Also Flüchtlinge sind nicht automatisch Menschen aus dem Nahen Osten, die hierher nach Europa kommen, soviel habe ich verstanden. Dann ist es sogar auch möglich, dass wir hier in Europa Flüchtlinge werden können?

Marko Demantowsky: Ja, denn vor nicht allzu langer Zeit waren auch viele deutsche und polnische Bürger*innen durch Krieg und Gewalt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die beiden Nationen haben also ihre ganz eigene Flüchtlingsgeschichte...

Marvin Rees: Wie jetzt?

Marko Demantowsky: Durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieg mussten Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten ihre Heimat verlassen. Wie man auf der Karte sieht, kamen sie schliesslich in mehreren Wellen westwärts in jene Gebiete, die heute die Bundesrepublik Deutschland bilden.

Die Bedingungen dieser riesigen Menschenbewegung waren hart, oft grausam, und forderten nicht zuletzt von den Kindern gewaltige Mühen und Anstrengungen. Die mindestens 12 Millionen Menschen, die diese Zwangsmigration durchleben mussten, verstanden sich in Deutschland als Vertriebene, zu ihnen gehörten aber auch viele Geflüchtete und Aussiedler. Eine schlimme Erfahrung. Ein Verständnis für die Situation der aktuellen Flüchtlinge ist dennoch nicht immer vorhanden.

Marvin Rees: Gut, aber ist es denn nicht klar, dass die Einheimischen anders auf die heutigen Migranten reagierten, da es damals auch Deutsche waren?

Marko Demantowsky: Obwohl die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg Deutsche waren, wurden sie vielerorts als Fremde betrachtet. Ihre Heimat lag in Pommern, Schlesien, Ostpreussen oder dem Baltikum, also viele hundert Kilometer entfernt. Die Ankunft und Aufnahme der Menschen galten gar als das grösste Problem in Nach-

kriegsdeutschland, Ost und West. Gleiches behaupten Politiker*innen und Aktivist*innen auch über die heutige Situation.

Obwohl es nicht möglich ist, beide Ereignisse gleichzusetzen, so gleichen sich dennoch die Bilder Ende der 1940er mit denen, die rund 70 Jahre später aufgenommen wurden. Man kann das gut vergleichen.

Marvin Rees: Der Zweite Weltkrieg wurde aber auch von Deutschen begonnen und soweit ich weiss war Polen der erste Ort der Kämpfe. Das hat doch sicherlich einige Menschen zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen, wie es Kriege bis heute tun.

Marko Demantowsky: Das ging bereits vor dem Kriegsausbruch im September 1939 los. Nazideutschland und die Sowjetunion hatten Polen bereits im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges untereinander aufgeteilt. Man spricht hier vom Hitler-Stalin-Pakt. Aus den von NS-Deutschland besetzten Westgebieten Polens wurden fast eine Million Pol*innen zwangsausgesiedelt. Daneben wurden Millionen von Pol*innen zur Zwangsarbeit ins Dritte Reich deportiert. Direkt nach dem deutschen Angriff flüchteten viele Menschen vor der Wehrmacht ostwärts. Dort zeigte sich jedoch die gnadenlose Herrschaft der Sowjetunion unter Stalin; Terror, Massenverhaftungen, Hinrichtungen und Zwangsumsiedlungen waren schrecklicher Alltag. Hunderttausende Pol*innen wurden in Arbeitslager deportiert, die sich tief in der Sowjetunion befanden, also tausende Kilometer entfernt. Wenn ihr mehr darüber erfahren wollt, guckt doch unser Video zum Hitler-Stalin-Pakt.

Marvin Rees: Aber Deutschland und Polen waren doch Feinde im Zweiten Weltkrieg. Und die Sowjetunion war doch auf einer Seite mit den Polen, so habe ich es in Erinnerung.

Marko Demantowsky: Das stimmt zum Teil. Nach dem deutschen Überfall im Juni 1941, tritt auch die Sowjetunion der Anti-Hitler-Koalition bei. Angesichts dessen und der britischen diplomatischen Bemühungen zufolge im Sommer 1941 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen wieder aufgenommen. Dieses führte zur Freilassung eines Teiles der in der Sowjetunion inhaftierten polnischen Verbannten. Ihre Situation verbesserte sich jedoch kaum. Die Befreiten erhielten in der vom Krieg gebeutelten Sowjetunion keinerlei Unterstützung. Zehntausende waren nun in den Gebieten des Urals und in Sibirien auf sich allein gestellt. Die dringend benötigte Zuflucht fanden die Menschen im heutigen Iran, im Mittleren Osten. Damals nannte sich dieses Land Persien. Ausgerechnet die Region in der Welt, über die 2020 in Sozialen Medien am meisten diskutiert wird. Allein der Iran nahm 1941/42 ca. 40'000 polnische Zivilist*innen auf.

Marvin Rees: (Nimmt Handy und scrollt kurz. Danach wird Tweet neben ihm projiziert) Ah ja, hier ist es. Das mit dem Iran habe ich letztes Jahr auf Twitter mitbekom-

men. Ein User schrieb aber dazu, dass diese iranische Hilfe sicherlich Propaganda ist, um Stimmung für die Aufnahme von Flüchtlingen zu machen. Er hält die Story der polnischen Flüchtlinge im Iran für eine linke Verschwörung.

Marko Demantowsky: ...dieser Person scheint es unmöglich, dass Muslim*innen Pol*innen in Not helfen könnten. Sicherlich haben Persien und auch Polen, ihre Staatsformen und auch ihre vorherrschenden Weltanschauungen seit dem Zweiten Weltkrieg mehrfach verändert. Dennoch sollte der Umgang der Menschen durch die damalige iranische Bevölkerung anerkannt und gewürdigt werden. Zeitzeug*innen belegen den grandiosen Empfang. Die polnische Minderheit konnte katholische Kirchen und Friedhöfe bauen und somit die eigene Kultur weiterhin pflegen. Dass dieses Engagement auch in der polnischen Gesellschaft präsent war, konnte man selber erleben, wenn man vor ca. 10 Jahren in Polen einen Brief verschickt hat.

Marvin Rees: OK...???

Marko Demantowsky: Es gab im Jahr 2008 die Sonderedition einer Briefmarke der polnischen Post. Sie würdigt Isfahan, die sogenannte «Stadt der polnischen Kinder», in der noch heute einige der damals geflohenen Familien und deren Nachkommen leben.

Marvin Rees: Wow, also die Polinnen und Polen waren damals auf die Hilfe des Mittleren und Nahen Ostens angewiesen und Sie meinen also, dass sie auf der gleichen Seite waren?

Marko Demantowsky: Hier gilt das Gleiche wie heute auch, man sollte das nicht pauschalisieren...

Marvin Rees: (fällt Marko Demantowsky ins Wort) Mir ist schon klar, dass man nicht alle Leute über einen Kamm scheren sollte, aber wahrscheinlich waren die Muslime auch einfach gegen die Nazis, weshalb sie dann eben die andere Seite unterstützen, oder?!

Marko Demantowsky: Naja, auch das nationalsozialistische Deutschland hatte im Zweiten Weltkrieg engen Kontakt zur islamischen Welt. Neben der Zusammenarbeit vor Ort in den arabischen Gebieten, kämpften ca. 600'000 muslimische Soldaten für die deutsche Wehrmacht. Hier auf dem Bild sieht man bosnische Muslime, die sogar in der berüchtigten Waffen-SS waren.

Marvin Rees: Zu den zusätzlichen Soldaten konnte wohl selbst Hitler nicht Nein sagen...

Marko Demantowsky: Wahrscheinlich, da er sogar mehr tat, um Unterstützung und Einfluss in der arabischen Welt zu erlangen. Hitler beherbergte den ehemaligen Gross-

mufti von Jerusalem, Hajj Amin el Husseini, als dieser fliehen musste. Dieser half ihm auch die muslimischen Soldaten zu überzeugen, für das Deutsche Reich zu kämpfen.

Marvin Rees: Man kann also behaupten, dass Hitler persönlich einen muslimischen Flüchtling aufgenommen hat?! Das hört sich wie ein schlechter Witz an...

Marko Demantowsky: Nun ja, die beiden Männer verband ihre verblendete Welt-sicht, was sich besonders in ihrem Hass auf die Jüd*innen zeigte. Huseini hatte sich mit seinem islamischen Fundamentalismus in seiner Heimat Palästina, und später im Irak, unbeliebt gemacht und sah sich gezwungen, die Region zu verlassen. An dieser Stelle erkennt man, dass der Grossmufti keinesfalls den gesamten Nahen Osten vertrat und die Haltung zu Nazideutschland in Palästina sehr kontrovers diskutiert wurde.

Marvin Rees: Klar, beachtet man die Unterschiede nämlich nicht und überträgt die Meinung Husseinis auf sämtliche Muslime der Region, dann wirft man wieder Alle in einen Topf, wie es leider heute so oft auf Social Media passiert.

Denn heute werden Muslime von den Rechtspopulisten in Polen und Deutschland direkt mit der Flüchtlingskrise und dem Schlagwort Gefahr verbunden. Hierbei werden die früheren, zahlreichen Kontakte mit der arabischen Welt, die unterschiedlichen Formen der Religion und vor allem die Menschen dahinter übersehen. Viele kennen gar niemanden persönlich und urteilen trotzdem.

Marko Demantowsky: Richtig, wir sollten uns alle fragen, ob es in dieser internationalen, vernetzten und modernen Welt eine Ordnung geben kann, wie sie sich die Rechtspopulisten vorstellen. Und vor allem, ob wir in so einer Welt überhaupt leben wollen.

Marvin Rees: Dann bedanke ich mich für das Gespräch und freue mich, dass ihr zugeschaut habt. Abonniert unseren Kanal doch, wenn's euch gefallen hat und schaut euch weitere Videos von unserem ODRA-Team an.

Tschüss! und Cześć!



Die ersten Kriegsjahre 1939 – 1941

Marvin Rees: Wie ist es möglich, dass man sich fast 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs über grundlegende Fakten dieses Konflikts streitet, wenn doch unzählige Fotos, Filme und Dokumente aus der Kriegszeit vorliegen? Warum beteiligen sich führende Politiker*innen an diesen Diskussionen?

INTRO

Marvin Rees: Im heutigen Film widmen wir uns diesen Fragen. Wir legen den Fokus auf den Ausbruch und die Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges. Vom militärischen Angriff auf Polen bis zum Moment, als Hitler im Juni 1941 in die Sowjetunion einmarschierte. Damit also auf die Zeit, in der die zukünftigen Feinde, das Deutsche Reich und die Sowjetunion, noch eng miteinander kooperierten.

Marko Demantowsky: In den letzten Monaten weckt der Zweite Weltkrieg ein großes Interesse der Medien. Trotz des Zeitablaufs, immer noch hervorruft dieses Thema starke Emotionen und ist von aktueller politischer Bedeutung. Während ihrer Staatsbesuche in Polen betonten Präsident Frank Walter Steinmeier im September und Kanzler Angela Merkel im Dezember 2019 die Notwendigkeit, die Erinnerungskultur an die Opfer der NS-Verbrechen zu stärken, historische Fakten in Erinnerung zu rufen und die Verantwortung für das Drama des Zweiten Weltkriegs. Frank Walter Steinmeier verneigte sich vor „den polnischen Opfern der deutschen Gewaltherrschaft“ und verwies auf die massenhaften deutschen Verbrechen in Polen, die in der deutschen Erinnerungskultur immer noch zu wenig präsent seien.

Marvin Rees: Zur selben Zeit präsentierte die russische Regierung eine neue Interpretation der Geschichte. Russlands Präsident, Vladimir Putin verteidigt den Hitler-Stalin Pakt, wirft der polnischen Regierung der Zwischenkriegszeit vor, mit dem III Reich zusammengearbeitet zu haben und schreibt den europäischen Regierungen und Polen die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu. Hat er Recht?

Marko Demantowsky: Die kontroversen Aussagen russischer Politiker stehen in Verbindung mit den Vorbereitungen der nächsten Gedenkfeierlichkeiten zum Kriegsende. In Russland wird der 9. Mai seit 75 Jahren als Tag des Sieges der Roten Armee über Hitlerdeutschland begangen. Dies bietet Gelegenheit, die Sowjetunion als wichtigstes Mitglied der Anti-Hitler-Koalition und als Befreier Europas vom nationalsozialistischen Joch zu präsentieren. Josef Stalins Zusammenarbeit mit Adolf Hitler und die Schlüsselrolle, die der Hitler-Stalin Pakt für den Kriegsausbruch spielte, passen nicht in dieses einseitig positive Narrativ Russlands, bei dem Täter- und Opferrollen vertauscht und die sowjetischen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs verschwiegen werden.

Marvin Rees: Tatsächlich... gleichzeitig Täter und Held zu sein, beißt sich mit dem Bild eines tapferen und heroischen Siegers...

Marko Demantowsky: Die Aussagen Präsident Putins über die Verantwortung der europäischen Regierungen und Polens für den Kriegsausbruch beziehen sich auf das Münchener Abkommen vom 30. September 1938. In diesem stimmten Frankreich und Großbritannien zu, dass die Tschechoslowakei das zu 80% von ethnischen Deutschen bewohnte Sudetenland an das Deutsche Reich abtreten müsse. Das Münchener Abkommen verletzte die Souveränität der Tschechoslowakei und war nach dem Anschluss Österreichs (im März 1938) ein weiterer Schritt zur Konsolidierung der deutschen Hegemonie in Europa. Die von der britischen und französischen Regierung gegenüber Hitler verfolgte „Appeasement-Politik“ sollte einen Kriegsausbruch vermeiden. Stattdessen aber stärkte sie das nationalsozialistische Deutschland. Die unrühmliche Rolle Polens bestand darin, dass es seinen Grenzkonflikt mit der Tschechoslowakei analog zum Münchener Abkommen löste und das überwiegend von Polen bewohnte Teschener Gebiet annektierte. Dies war ein politischer und strategischer Fehler, der international (irrtümlich) als Zeichen einer Verständigung Polens mit Hitler verstanden wurde. Dennoch hat Polen in diesem kritischen Moment ein Bündnis mit dem Dritten Reich abgelehnt und eine Politik der „gleichen Abstände“ zu beiden totalitären Regimen verfolgt. 1932 schloss Polen einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und 1934 mit den Deutschen.

Marvin Rees: Also stellten der deutsche Angriff Polens am 1. September und der sowjetische am 17. September 1939 einen Bruch internationaler Nichtangriffsverträge dar?

Marko Demantowsky: Ganz genau.

Marvin Rees: Aber was für ein Zusammenhang besteht zwischen dem Ausbruch des Krieges und der Unterzeichnung des Hitler-Stalin Pakts?

Marko Demantowsky: Ein sehr grundlegender. Der am 23. August 1939 von den Außenministern des Dritten Reichs und der Sowjetunion unterzeichnete Nichtangriffspakt festigte die politisch-militärische Zusammenarbeit der beiden Großmächte, die bis dato als die größten Feinde galten. Der Hitler-Stalin Pakt verpflichtete beide Seiten dazu, „sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegen einander [...] zu enthalten“. Er war eine notwendige Bedingung für den Ausbruch des Krieges im September 1939, da er Polen in eine isolierte Position drängte, einen beinahe zeitgleichen militärischen Angriff auf Polen zuließ und im Sommer 1940 die sowjetische Aggression gegen die baltischen Staaten und die Annektierung Litauens, Lettlands und Estlands ermöglichte. Im geheimen Zusatzprotokoll des Pakts wurde Europa in eine nationalsozialistische und eine kommunistische Einflussosphäre aufge-

teilt. Die Grenze zwischen ihnen verlief entlang der Flüsse Narew-Weichsel-San. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Staaten, die östlich dieser Linie lagen, in die Sowjetunion eingegliedert und die im Hitler-Stalin Pakt festgelegten Grenzen teilten Europa für die folgenden 50 Jahre. Die Westalliierten akzeptierten diese Aufteilung mit der Konferenz von Teheran 1943 und der Konferenz von Jalta 1945. 1945 wurde in den Staaten Mitteleuropas unter Zwang das kommunistische System etabliert. Der Wiederaufbau der Demokratie, der in Westeuropa nach 1945 beginnen konnte, wurde in Mitteleuropa erst nach 1989 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion möglich. Eben diese Teilung Europas schrieben das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion im Hitler-Stalin Pakt fest.

Marvin Rees: Deswegen hat das Europäische Parlament den Tag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin Pakts zum Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus erklärt... er symbolisiert die Zusammenarbeit des kommunistischen und des NS-Regimes.

Marko Demantowsky: Genau. Die Symbolik betrifft sowohl die langfristigen Konsequenzen des Pakts als auch seine direkten Folgen – den Angriff auf Polen und die Besetzung des Landes durch die zwei Großmächte in den Jahren 1939 bis 1941. Der „Blitzsieg“ der Wehrmacht über die polnische Armee wäre ohne den Angriff der Sowjetunion am 17. September 1939 nicht möglich gewesen. Die polnische Armee hatte keine Chance, gleichzeitig die Ost- und die Westfront zu verteidigen. Das war der Plan Hitler und Stalins gewesen. Die Niederlage Polens feierten beide Aggressoren mit gemeinsamen Siegerparaden Ende September. Anschließend wurden die Bestimmungen des Hitler-Stalin Pakts im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 ausgeführt. Der Vertrag ermöglichte eine reibungslose Verwaltung der vom Dritten Reich und der Sowjetunion besetzten Gebiete, massenhafte Umsiedlungen (darunter der Deutschen aus der Sowjetunion) und die Verfolgung einer Repressions- und Vernichtungspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung.

Marvin Rees: Wir sprechen von einer „Repressions- und Vernichtungspolitik“ gegenüber der polnischen Gesellschaft. Was bedeutet das?

Marko Demantowsky: Beide Besatzer verfolgten die polnische Bevölkerung und verübten grausame Verbrechen an ihr, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

[OFF] Der sowjetischen Ideologie zufolge waren die Polen und der polnische Staat Feinde der bolschewistischen Revolution. In den polnischen Ostgebieten, die bereits im Herbst 1939 von der Sowjetunion besetzt wurden, liquidierte man alle polnischen Institutionen, darunter die Universitäten. Man führte das kommunistische System ein, die polnische Sprache wurde verboten und Vertreter der Intelligenz verfolgt. Vorangetrieben wurde die Entpolonisierung der Gebiete durch die Beschlagnahmung von Grundbesitz, Verhaftungen und Massendeportationen ins Innere der Sowjetunion.

In den Jahren 1939-1941 wurden hunderttausende Polen ausgesiedelt. Die radikalste Form des Kampfes gegen das Polentum war die physische Extermination. Am 5. März 1940 trafen die sowjetischen Machthaber die „Katyner Entscheidung“ über die Ermordung polnischer Kriegsgefangener und politischer Häftlinge, die als „Feinde der Sowjetmacht“ betrachtet wurden. Infolge der Entscheidung wurden im Frühjahr 1940 22.000 polnische Häftlinge und Kriegsgefangene im Wald bei Katyń erschossen.

Marko Demantowsky: Hitler befahl den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22. August 1939 die „restlose Zerstörung Polens“ und die Ermordung eines Teils der polnischen Bevölkerung. Die antipolnische Politik des deutschen Heeres und der Okkupationsverwaltung waren von Rassismus und der Auffassung genährt, die Slawen, darunter die Polen, seien wie die Juden eine ethnisch minderwertige Rasse und dass für die Deutschen im Osten ein „reinrassiger“ Lebensraum geschaffen werden müsse.

[OFF] Von Kriegsbeginn an sollten die deutschen Kriegshandlungen nicht den Sieg über den Gegner, sondern dessen Auslöschung herbeiführen. Dem fiel vor allem die polnische Zivilbevölkerung zum Opfer. Das erste Ziel der deutschen Luftwaffe war am 1. September 1939 das Städtchen Wieluń, welches keinerlei militärstrategische Bedeutung hatte. Allein an diesem Tag starben ca. 1.200 Zivilisten. Im gesamten Land wurden 70 Angriffe auf Städte und Dörfer geflogen; die Bevölkerung floh nach Osten. Insgesamt attackierte die Luftwaffe während ihrer Bombenangriffe im September `39 600 Ortschaften. Ab dem 1. September wurden täglich Fliegerangriffe auf Warschau geflogen. Bis zur Kapitulation der Hauptstadt am 25. September starben allein in Warschau ca. 10.000 Zivilisten. Der von Wehrmacht und SS gesäte Terror richtete sich gegen den Widerstand der Zivilbevölkerung. Es wurden Siedlungen in Brand gesetzt, Flüchtlinge angegriffen, Geiseln genommen und Massensexekution durchgeführt. Während der militärischen Besatzung der polnischen Gebiete durch die Wehrmacht vom 1. September bis zum 25. Oktober 1939 wurden 700 Hinrichtungen an Zivilisten durchgeführt. Insgesamt schätzt man die zivilen Opferzahlen auf über 16 Tausend.

Marko Demantowsky: Den gesamten Krieg über herrschte Terror in Polen. Während der ersten Besatzungsmonate wurden neben den polnischen Juden vor allem soziale und politische Führungspersonlichkeiten im Rahmen der sog. „Intelligenzaktion“ verfolgt. Sie umfasste Umsiedlungen, Verhaftungen und Massensexekutionen der polnischen Intelligenz, von Juden und Personen, die als „Feinde des Deutschtums“ eingestuft wurden. Zu dem Ziel wurden spezielle Proskriptionslisten erstellt. Im Sommer und Herbst 1939 wurden Massensexekutionen in Westpolen und in den vom Deutschen Reich annektierten Gebieten durchgeführt: in Schlesien, im Warthegau und in Danzig-Westpreußen. Im Frühjahr und Sommer 1940 dagegen auf dem Territorium, das außerhalb des Deutschen Reichs verblieben war: im Generalgouvernement. Allein in Westpommern wurden von Oktober 1939 bis März 1940 ca. 40.000 Menschen hingerichtet. Eine vergleichbare Zahl wurde in Konzentrationslager deportiert. Massensterben wurden u.a. in den Wäldern um Wielka Piaśnica und Szpeęgawsk verübt. Hier

wurde nicht nur die polnische Intelligenz ausgelöscht, sondern auch Menschen mit geistigen Behinderungen im Rahmen der T4 Aktion ermordet.

Marvin Rees: Angesichts dieser Informationen kann Polen in den ersten Kriegsmonaten als Testfeld für verschiedene Formen der Gewaltverbrechen betrachtet werden, die Deutschland bald gegen die europäischen Juden richten sollte...

Marko Demantowsky: Leider ja. Während des Angriffs auf Polen und der ersten Besatzungsphase testete Deutschland die Methoden für eine systematische und großangelegte Vernichtung seiner Gegner – sowohl auf dem Schlachtfeld als auch an der Zivilbevölkerung. Diese Techniken wurden nach dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 verfeinert. Die Nationalsozialisten legten in Polen bereits im September 1939 den Grundstein für die während des Krieges mit der Sowjetunion verübten Kriegsverbrechen sowie den seit Ende 1941 verfolgten Plan der vollkommenen Auslöschung des Judentums.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Hitlers „Straflosigkeit“ im besetzten Polen, die Verübung derartiger Massenverbrechen und die Vorbereitung der zur Vernichtung der europäischen Juden notwendigen „Infrastruktur“ allein durch die Isolation Polens ermöglicht worden war. Einer Isolation, in der sich Polen durch den Hitler-Stalin Pakt wiedergefunden hatte; besetzt durch zwei totalitäre Regime, die in den Jahren 1939 bis 1941 miteinander kooperierten.

Marvin Rees: Wenn das so ist... wie kann da überhaupt jemand an der Bedeutung des Hitler-Stalin Pakts für den Ausbruch und den Verlauf des Zweiten Weltkrieges zweifeln?

Marko Demantowsky: Unabhängig davon, ob jemand diese Genese des Krieges anzweifelt oder nicht, sieht man an der Verbreitung von Falschinformationen über die Bedeutung des Hitler-Stalin Pakts, wie die Geschichte und das Opfergedenken manipuliert werden können. Das Wissen um diese dramatischen Ereignisse ist nicht immer leicht verträglich, aber die aktuell zu beobachtenden Desinformationskampagnen zeigen, wie wichtig es ist, die historischen Fakten zu kennen. Nicht nur, um die Vergangenheit zu verstehen, sondern auch um die aktuellen politischen Ereignisse und die uns tagtäglich „bombardierenden“ Fehlinformationen beurteilen zu können

Tschüss! und Cześć!



#GermanDeathCamps

Marvin Rees: Hallo! und Witaj! zu einem weiteren Video der #projektODRA-Reihe, bei dem sich unser Team mit den deutsch-polnischen Beziehungen auseinandersetzt. In dieser Folge möchte ich mit Prof. Demantowsky über den Hashtag #GermanDeathCamps sprechen, der nicht nur in den Sozialen Medien für Aufsehen sorgte, sondern auch die internationale Politik beschäftigte.

INTRO

Marvin Rees: Prof. Demantowsky, dieses Video ist nicht etwa ein Trailer zu einem neuen Kinofilm oder Video-Game, sondern ein offizieller, von der polnischen Regierung produzierter Clip. Dieser wurde mit dem Hashtag #GermanDeathCamps (Deutsche Vernichtungslager) auf Social Media geteilt. Warum dieser Aufwand?

Marko Demantowsky: Der eben gesehene Film ist Teil einer Öffentlichkeitsarbeit, die die polnischen Regierungen seit ungefähr der Jahrtausendwende unternehmen, die jetzige PiS-Regierung hat das nur verstärkt. Dieses Video hat zum Ziel, viele, offenbar vor allem jüngere Menschen anzusprechen, die ihre historische Vorstellungen nicht zuletzt aus Videospielen und Filmen ziehen. Das erklärt die Gestaltung dieses kurzen Films. Er hat aber ein ernstzunehmendes Anliegen, da es sich gegen historisch fehlleitende Formulierungen wie „polnische Konzentrationslager“ richtet.

Marvin Rees: Und das heisst?

Marko Demantowsky: Der erwähnte Hashtag #GermanDeathCamps ist eine Antwort auf die Verwendung von Begriffen wie „polnische Todeslager“ oder „polnische Konzentrationslager“, um die während des Zweiten Weltkriegs im Auftrag der nationalsozialistischen deutschen Reichsregierung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern verübten Verbrechen zu beschreiben. In den letzten Jahren sind diese Formulierungen wiederholt in internationalen Medien aufgetaucht. Selbst der US-amerikanische Präsident Barack Obama hat diesen Begriff verwendet als er über Jan Karski sprach, der im Zweiten Weltkrieg von der polnischen Exil-Regierung entsendet wurde, um die Welt über den Holocaust zu informieren.

Selbst wenn es sich um eine gedankliche Verkürzung oder um eine Unachtsamkeit handelt, wie beim amerikanischen Präsidenten, weckt die Nutzung historisch falscher Begriffe irreführende Assoziationen und kann zu einer Verzerrung der Tatsachen führen... In dem Fall zu einer Umkehr der Opfer- und der Täterrolle, so dass den Polinnen und Polen die Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen und die Errichtung von Vernichtungslagern zugeschrieben wird.

Marvin Rees: Das stimmt...Dieser Fehler wird tatsächlich häufiger gemacht und schaffte es gar zu einem Streit mit NETFLIX. In der Dokumentation «Der Teufel wohnt nebenan» über den NS-Kriegsverbrecher John Demjanjuk, wird eine Karte sämtlicher Vernichtungs- und Konzentrationslager gezeigt. Das Problem ist, dass diese Karte Polen in seinen heutigen Grenzen zeigt und nicht als besetztes Gebiet der Deutschen. Man gewinnt den Eindruck, die Lager seien innerhalb der heutigen polnischen Staatsgrenzen errichtet worden und damit vielleicht ja auch mit Zustimmung einer polnischen Regierung... Das polnische Aussenministerium hat diesen gravierenden historischen Fehler per Twitter zurecht kritisiert, auch dabei wurde mit klarer Absicht der Hashtag #GermanDeathCamps gesetzt.

Marko Demantowsky: Ja, das ist ein gutes Beispiel. Der falsche Begriff angeblich polnischer Lager entsteht vielleicht daraus, dass das Deutsche Reich viele der Konzentrationslager und insbesondere alle Vernichtungslager zynischerweise auf dem Gebiet des polnischen Vorkriegsstaates errichtet hat, der mit Kriegsbeginn rasch okkupiert worden war. Im Zuge des deutschen und sowjetischen Angriffs auf Polen im September 1939 befand sich das Land unter militärischer Besatzung und ab Mitte 1941 dann auch unter der vollständigen Verwaltungsaufsicht und Kontrolle der deutschen Reichsregierung. Das haben wir ausführlicher im Video über den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs besprochen Wir sprachen auch darüber, dass erst die isolierte Lage des polnischen Staates und die deutsche Besatzung eines derart großen Gebietes die allgemeine Aufhebung humaner Gesittung und (7_Zaun) die Errichtung einer Infrastruktur der Vernichtung ermöglichten... Die deutsche Besatzung basierte auf Ghettos für die jüdischen Staatsbürger*innen Polens (8_Ghetto+8a_Ghetto+8_Baracken), willkürlichen Verhaftungen und Gewaltakten, auf Konzentrationslagern, Zwangsarbeit und Vernichtungslagern, also auf Lagern, die ausschliesslich dem Zweck dienten, Menschen massenhaft zu ermorden. Dies waren die deutschen Todeslager Auschwitz-Birkenau, Majdanek, Kulmhof, Belzec, Sobibor und Treblinka.

Marvin Rees: Polinnen und Polen stellten einen großen Teil der Opfer der deutschen Verbrechen und Vernichtungslager. Ich kann mir vorstellen, dass die irreführende Formulierung „polnische Todeslager“ für die Überlebenden und die Nachkommen der Opfer dieser Verbrechen extrem schmerzhaft ist.

Marko Demantowsky: Ja, ohne Zweifel. Dieser Skandal wurde überhaupt erst so öffentlich wahrgenommen durch die Klage eines ehemaligen Häftlings des Konzentrationslagers Auschwitz...2013 hat Karol Tandra den deutschen Fernsehsender ZDF verklagt, nachdem in einer Sendung Auschwitz und Majdanek als „polnische Vernichtungslager“ bezeichnet worden waren. Als Pole und Überlebender dieser Lager fühlte er sich verletzt, erwartete eine offizielle Entschuldigung des Senders und dass diese falsche und verletzende Formulierung nicht wieder verwendet werden würde. Viele ehemalige polnische Häftlinge der deutschen Lager unterstützten Karol Tanderas Forderungen.

Marvin Rees: Und wie ist die Angelegenheit ausgegangen?

Marko Demantowsky: Mit einer gerichtlichen Verurteilung des ZDF, das sich bei Tandra für die Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte zu entschuldigen hatte. Der Sender folgte diesem Urteil jedoch nicht... Die fehlende Entschuldigung bei einem Auschwitzüberlebenden weckte das Interesse anderer Medien und der breiten Öffentlichkeit, rief internationale Proteste und verschiedene Reaktionen hervor, wie zum Beispiel ein großes Plakat mit der Aufschrift „Vernichtungslager waren Nazi-deutsch“, das mehrere Jahre in größeren europäischen und amerikanischen Städten zu sehen war.

Marvin Rees: Wie wir in der Video vom Anfang sehen konnten, hat sich auch die polnische Regierung an dieser Aufklärung beteiligt...

Marko Demantowsky: Sie tat sogar noch mehr als das. Anfang 2018 wurde in Polen ein Gesetz verabschiedet, das den Gebrauch der Formulierung „polnische Vernichtungslager“ effektiv verhindern sollte. Es sah bis zu drei Jahre Gefängnisstrafe für den Gebrauch des Begriffes vor oder wenn der polnischen Nation oder dem polnischen Staat die Verantwortlichkeit oder die Mitschuld an den Verbrechen des Dritten Reiches zugeschrieben werde ...

Marvin Rees: Drei Jahre Gefängnis...für einen Fehler den selbst Medien und Staatshäupter häufig machen? Das scheint eine sehr harte Strafe zu sein...

Marko Demantowsky: Jedenfalls rief dieses Gesetz sofort eine Welle der Kritik in Polen und in der gesamten Welt hervor, aus der Wissenschaft wie von Überlebenden des Holocausts, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Israel. Denn es ging ja nicht nur um diesen dummen Begriff, sondern eben auch um die Strafbarmachung von Aussagen zu Verstrickungen von Polinnen und Polen in die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht. Die Androhung einer Gefängnisstrafe wurde als mögliche/ potentielle Zensur historischer Forschungsarbeit, als Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit und Ermittlung historischer Wahrheit kritisiert. Im Extremfall hätte sogar ein Holocaust-Überlebender dafür verhaftet werden können, dass er seine Geschichte erzählt oder veröffentlicht. Wenn er bspw. von einem polnischen Nachbarn denunziert wurde...

Marvin Rees: Das ist aber nur eine hypothetische Situation? Oder hatte dieses Gesetz auch die Bestrafung von Opfern und Zeugen zum Ziel?

Marko Demantowsky: Dieser eben angeführte „Extremfall“ war tatsächlich eine eher hypothetische Situation. Jedes Gesetz, besonders solche Kulturgesetze, eröffnen der Interpretation Spielräume. Wodurch sie eben auch leicht missbraucht werden können. Die polnische Regierung hat dies verstanden und das Gesetz innerhalb einiger Monate novelliert: Der umstrittene Absatz wurde gestrichen.

Marvin Rees: Was dachte man in der polnischen Bevölkerung über das Gesetz und die spätere Anpassung?

Marko Demantowsky: Bereits mit Inkrafttreten dieses teils etwas unglücklichen Gesetzes wurden in Polen eine Reihe von Protesten organisiert. Polnische Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen wendeten sich an die Staatsanwaltschaft und zeigten sich selbst an. Es ging um die von ihnen publizierten Forschungsergebnisse oder ihre faktenbasierten Aussagen über Verbrechen oder Beihilfen zu Verbrechen, die von Polinnen und Polen während der Besetzung an polnischen Jüd*innen verübt worden sind. Es wurden keine Verfahren für die Selbstanzeigen eröffnet, da die historischen Fakten nicht in Zweifel stehen konnten und niemand eine Geschichtsverfälschung zu unterstellen vermochten. Dieser Vorgang zeigte die Problematik der neuen Vorschriften... u.a. deswegen wurden sie auch so schnell geändert...

Marvin Rees: Soweit ich das verstanden habe, richtete sich die #GermanDeathCamps Kampagne gegen Geschichtsverfälschung und gegen die Vertuschung von Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht ... wofür die Nutzung der Bezeichnung „polnische Vernichtungslager“ ein Beispiel ist... Wir haben über verschiedene Situationen gesprochen... Aber sind diese Reaktionen angebracht?

Marko Demantowsky: Trotz des vorhandenen Wissens und aller historischer Bildung sind wir damit konfrontiert, dass die Menschheitsverbrechen, die unter der nationalsozialistischen deutschen Reichsregierung verübt worden sind, bestritten werden, dass der Holocaust selbst und die Existenz von Vernichtungslagern geleugnet werden. Besonders augenfällig wird diese Leugnung und dieses Lügen in der Öffentlichkeit der Sozialen Medien. In vielen Ländern, darunter auch in Deutschland und Polen, steht richtigerweise die Leugnung des Holocaust unter Strafe. Dies zeigt, welche Verantwortung für unsere heutige Gesellschaft und die von morgen auf historischer Forschungsarbeit und würdigem Gedenken ruht.

Marvin Rees: Es werden also weiterhin neue Erkenntnisse über den Zweiten Weltkrieg gewonnen und es ist wichtig, dass wir über diese Ereignisse sprechen. Mit der Kampagne #GermanDeathCamps passiert doch genau das. Es wird die Nutzung der Formulierung „polnische Vernichtungslager“ aufmerksam gemacht, da diese historisch falsch und sehr verletzend ist... Aber wenn das so ist... woher dann die Aufregung und die Kontroversen um #GermanDeathCamps und die polnische Reaktion darauf?

Marko Demantowsky: Es ging vor allem um die Formulierung des Gesetzes, da sie den öffentlichen Diskurs über historische Forschung einschränken und verhindern könnte. Besonders, da wichtige Forschung und wissenschaftliche Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg hätte unterdrückt werden können... mit teilweise nun auch anderen Perspektiven und Erzählungen als jenen, die derzeit die polnische Geschichtspolitik dominieren.

Marvin Rees: Was sind denn diese Perspektiven?

Marko Demantowsky: Diese Erzählung betont das von Polen im Zuge des Zweiten Weltkriegs erbrachte Opfer und die Standhaftigkeit der polnischen Gesellschaft, die sich gegen zwei totalitäre Großmächte – das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion – gestellt habe.

Marvin Rees: Aber diese „Geschichtserzählung“, von der Sie sprechen, ist doch nicht falsch... Während des Krieges mussten fast 6 Millionen polnische Staatsbürger*innen sterben und das Land wurde extrem zerstört. Der polnische Untergrund war einer der größten Europas... und leistete der deutschen Besatzungsmacht die gesamten 6 Kriegsjahre über Widerstand, auch bewaffnet ...Allein in beiden Warschauer Aufständen 1943 und 1944 sind doch viele Zehntausend Menschen gefallen und ermordet worden.

Marko Demantowsky: Ja, das stimmt alles und die Erinnerung an diese Ereignisse ist wichtig und muss gepflegt werden. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass dieses Bild der Opfer und Helden nicht vollständig ist. Der Zweite Weltkrieg nahm in Polen einen besonders tragischen Verlauf. Teil dessen war das grausame Schicksal der jüdischen Bevölkerung. Das barbarische Projekt der deutschen Reichsregierung und ihrer Besatzungstruppen, das europäische Judentum auszulöschen, wurde in den Ghettos und Vernichtungslagern auf polnischem Gebiet realisiert. Vor allem wurden auch über 3 Millionen polnische Jüd*innen ermordet.

Wir sprachen eben von der Geschichtspolitik der derzeitigen polnischen Regierung... in Bezug auf die millionenfache Ermordung der polnischen Jüd*innen konzentriert sich diese auf die Solidaritätsbekundungen der Pol*innen gegenüber der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen und blendet dabei die Verstrickungen aus, also die Mithilfe und Mitarbeit mit den deutschen Besatzern.

Marvin Rees: Aber es gab auch Unterstützung für die jüdische Bevölkerung. Viele Polinnen und Polen die Jüdinnen und Juden, unter Einsatz ihres eigenen Lebens, gerettet haben. Daher sind sie auch die auch die grösste Gruppe der «Gerechten unter den Völkern» in der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem... Viele von ihnen wurden von der deutschen Besatzungsmacht ermordet... Nicht selten wurden ganze Familien ausgelöscht. Viele Helfende mussten ihr Leben lassen, weil sie denunziert wurden...

Marko Demantowsky: Ja, Denunziationen sind ein Beispiel für die Kollaboration mit der Besatzungsmacht. Also die bewusste Preisgabe der Information, wo Jüd*innen oder Mitglieder des Widerstands versteckt wurden. Wie in sämtlichen von Deutschen besetzten Gebieten gab es auch in Polen Menschen, die ihre jüdischen Mitbürger*innen verraten haben. In der Regel aus antisemitischen Motiven oder solchen der persönlichen und finanziellen Habgier. Die Kollaboration bedeutete teilweise auch die aktive Teilnahme von Polen an den Verbrechen, die an den Juden verübt wurden.

Man denke besonders an Ereignisse wie das Massaker von Jedwabne 1941, bei der Polen für den Tod von über 300 Jüdinnen und Juden verantwortlich waren. Dieses Ereignis wurde bereits nach dem Krieg in einem Strafverfahren untersucht und 2003 vom Institut für Nationales Gedenkens in Warschau bestätigt.

Marvin Rees: Wie sollte also über den Zweiten Weltkrieg gesprochen werden? Auf der einen Seite haben wir falsche Formulierungen wie „polnische Vernichtungslager“, die Leugnung der deutschen Verbrechen und des Holocausts... Auf der anderen Seite haben wir ein widersprüchliches Bild von Polen unter deutscher Besatzung: Opfer und Mitverantwortliche an den grausamen Verbrechen. Heldenhafter Widerstand gegen diese Gewalt, auch, indem sie der jüdischen Bevölkerung halfen und gleichzeitig waren doch einige Polinnen und Polen an den Verbrechen der deutschen Besatzer beteiligt und schlossen sich freiwillig den Tätern an...

Marko Demantowsky: Wenn vom Zweiten Weltkrieg gesprochen wird, muss der Opfer gedacht werden, alle von der deutschen Besatzungsmacht Verfolgten, Beschädigten und Ermordeten müssen die ihnen zustehende Ehrerbietung erfahren. Es muss auch nach den Täter*innen gefragt werden und das Phänomen der Kollaboration offen und ohne Scheu angegangen werden. Was motivierte Kollaborateure, wie gross war der Umfang und die Folgen dieses traurigen Verhaltens. Es ist nötig, sämtliche Aspekte des Holocaust zu behandeln und sie der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dies gilt für schreckliche Verbrechen wie beispielsweise das in Jedwabne genauso wie für die Leistungen derer, die sich der deutschen Besatzungsmacht widersetzt und Menschenleben gerettet haben. Das ist eine Herausforderung, der man sich in Polen unterschiedlich stellt und die weiterhin die Gemüter bewegt.

Marvin Rees: Aber nicht nur in Polen. Sogar in Deutschland existiert die Haltung «Man wusste von nichts, das waren nur die Nazis»...

Marko Demantowsky: Ja es betrifft auch Deutschland und letztlich alle Staaten, die während des Zweiten Weltkriegs unter deutscher Besatzung oder Verbündete des Deutschen Reiches waren... egal, ob man auf Frankreich, Tschechien, Holland, die Slowakei, Litauen oder Ungarn schaut – überall lassen sich in kleinerem oder größerem Umfang Fälle von Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten feststellen. Oft ist dies bis heute ein Tabuthema... die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg sollte aber dieses Tabu durchbrechen, die damaligen Ereignisse so präzise wie möglich darstellen, das breite Spektrum möglicher Verhaltensweisen gegenüber den staatlich betriebenen Verbrechen aufzeigen. Damit soll es auch eine Warnung vor den Folgen von Ausgrenzung und Feindseligkeit gegenüber Vertreter*innen anderer Glaubensrichtungen oder Nationalitäten sein. Im gewissen Sinne ist es eine Lehre, die wir uns auch im heutigen Europa und auf der Welt in Erinnerung rufen müssen. Schließlich möchte ich daran erinnern, dass der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands bereits 2014 eine wichtige Stellungnahme veröffentlicht hat, in der er klar Stellung zum fal-

schen Gebrauch des Begriffs „polnische Konzentrationslager“ bezogen und seine Mitglieder aufgefordert hat, dieses Phänomen aktiv zu verhindern. Zugleich kritisierte der Verband die rechtliche Sanktionierung der Verwendung falscher Begriffe. Diese Stellungnahme kam zu einem wichtigen Zeitpunkt. In einem der deutschen Geschichtsbücher tauchte ein falscher Begriff auf. Dies hätte nicht passieren dürfen. Die Reaktion des Verlegers war sofort. Das Schulbuch wurde aus dem Handel genommen, ein separates Kapitel über die falsche Bezeichnung wurde im Internet zur Verfügung gestellt.

Marvin Rees: Bei unserem Gespräch ist klargeworden, weshalb die Formulierung «Polnische Vernichtungslager» falsch ist und dass Geschichte unterschiedlich erzählt werden kann. Wichtig ist, dass man über alle Ereignisse reden kann, wie wir dies heute versucht haben.

Dann bedanke ich mich für das Gespräch und freue mich, dass ihr zugeschaut habt. Wir freuen uns über eure Kommentare. Abonniert unseren Kanal doch, wenn's euch gefallen hat und schaut euch weitere Videos von unserem ODRA-Team an. Tschüss! und Cześć!

Marko Demantowsky: Machts gut! und Na razie!



Reparationen

Marvin Rees: Hallo! und Witaj! zu einem weiteren Video der #projektODRA-Reihe, bei dem sich unser Team mit den polnisch-deutschen Beziehungen auseinandersetzt. In dieser Folge möchte ich mit Prof. Marko Demantowsky über die Kriegsreparationen und über die öffentliche Diskussion dieses Problems in Polen und in Deutschland sprechen.

INTRO

Marvin Rees: Laut Meinungsumfragen vom August 2019 vertreten fast 70 Prozent der Polinnen und Polen die Ansicht, Deutschland solle Kriegsreparationen für die von ihm verursachten Zerstörungen in Polen während des Zweiten Weltkrieges zahlen. Dagegen ist ein beinahe genauso hoher Prozentsatz der deutschen Bevölkerung der Meinung, man solle Staaten, die diese Forderungen äußern, keine Entschädigungen zahlen.

Auch die deutschen und die polnischen Regierungen der letzten Jahre sind unterschiedlicher Meinung. Während der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag des Warschauer Aufstands von 1944 äußerten die anwesenden Außenminister Deutschlands und Polens entgegengesetzte Haltungen: Der polnische Regierungsvertreter betonte, dass der polnische Staat einen Anspruch auf Reparationszahlungen habe. Der deutsche Außenminister liess dagegen wissen, dass Deutschland die Frage als abgeschlossen betrachte, und es keine rechtliche Grundlage für Reparationszahlungen gebe.

Im Juni 2020 kritisierte dann Manuel Sarrazin, der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe den Umgang der deutschen Regierung mit den polnischen Reparationsforderungen als „brüsk“ und erinnerte an die außerordentlichen Verluste und großen Opferzahlen, die Polen während der deutschen Invasion und Besatzung 1939-44 erleiden musste.

Wie kommt es zu diesen grundlegend unterschiedlichen Meinungen?

Marko Demantowsky: Das Thema der Entschädigung der polnischen Kriegs- und Besatzungsverluste ist seit Jahrzehnten Anlass zu unterschiedlichen Interpretationen, Missverständnissen und divergierender Erwartungen an den jeweiligen Nachbarstaat. Die Diskussionen sind immer auch politisch motiviert. Die aktuelle Debatte um die Kriegsreparationen, die von der polnischen Regierungspartei PiS im Jahr 2017 reaktiviert wurde, illustriert dies sehr deutlich. Die polnische Regierung verweist auf die enormen Verluste und humanitären Schäden Polens im Zweiten Weltkrieg und betont, dass Deutschland seine Kriegsschuld nicht ausreichend beglichen habe. **

Marvin Rees: Ja... ich habe von einem Reparationsgutachten einer Dienststelle des polnischen Parlaments aus dem Jahr 2017 gelesen; diesem Gutachten zufolge hätte Deutschland weniger als 1 Prozent der polnischen Kriegsschäden kompensiert.

Marko Demantowsky: Diese neue polnische Reparationsdebatte wird durch unterschiedliche Berichte und Expertisen unterstützt. Im Herbst 2017 wurde im polnischen Parlament eine Arbeitsgruppe zur Schätzung der Polen von Deutschland zustehenden Reparationen gegründet. Gemäß der Aufstellungen dieser Gruppe belaufen sich polnische Kriegsverluste durch die deutsche Invasion und Besatzung auf 850 Milliarden Dollar. Laut einem Bericht über Zerstörungen Warschaus im Zweiten Weltkrieg von 2004 betragen selbst die materiellen Schäden der polnischen Hauptstadt über 45 Milliarden Dollar. Das sind beeindruckende Summen, und sie werden als Rechtfertigung der heutigen Reparationsforderungen angeführt. Man betont dabei, dass Deutschland Polen nur eine sehr geringe Entschädigung gezahlt habe und dass Polen dadurch diskriminiert worden sei. Die Zahlung von Reparationen würde, so einige polnische Politiker*innen, dieses Unrecht beseitigen und die polnisch-deutschen Beziehungen stärken.

Marvin Rees: Aber ein Staat ist doch verpflichtet, Kriegsreparationen zu zahlen, wenn gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen und Schäden angerichtet werden. Wurde diese Angelegenheit nach dem Kriegsende nicht ausreichend geregelt?

Marko Demantowsky: Die Pflicht zur Zahlung von Reparationen, also von Entschädigungen für Kriegsschäden ist ein im Völkerrecht etabliertes Prinzip, dass Kriegsgegnern nach Niederlagen kompensatorische Zahlungen und Sachleistungen auferlegt. In der Moderne war dies erstmals 1815 gegenüber Frankreich der Fall. Man unterscheidet dabei zwischen Kriegsreparationen, die an einen anderen Staat, und Wiedergutmachungsleistungen, die an individuelle Kriegsopfer gehen. Allerdings muss jeweils der Umfang und die Form jeweiligen Reparationen definiert werden. Dies geschieht in der Regel im Rahmen eines Friedensvertrags. **

Nach der Kapitulation des Deutschen Reichs am 8. Mai 1945 und dem Potsdamer Abkommen der Siegermächte wurde das deutsche Staatsgebiet in vier Besatzungszonen unter Verwaltung der alliierten Siegermächte aufgeteilt. Die Alliierten beabsichtigten, den ausstehenden Friedensvertrag mit der zukünftigen Regierung eines wiederaufgebauten Deutschlands abzuschließen. Aufgrund des Konflikts zwischen den Alliierten, dem seit 1946 vorherrschenden Kalten Krieg und des Entstehens zweier deutscher Staaten im Jahr 1949, kam es aber weder in den ersten Nachkriegsjahren noch später zu einem Friedensvertrag.

Marvin Rees: Dafür aber wurden Fragen von Kriegsschuld und Reparationen doch in einer Vielzahl anderer internationaler Verträge reguliert. Woher also diese Kontroversen?

Marko Demantowsky: Zentral sind hier die Entscheidungen der „Großen Drei“: Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, diese während Konferenzen in Potsdam in Juli 1945 und in Jalta getroffen wurden. Diese Beschlüsse verpflichteten Deutschland zur Zahlung von Kriegsreparationen und sollten den Aufbau einer internationalen Nachkriegsordnung sichern. Einige Aspekte dieser neuen Ordnung stehen im direkten Bezug zur Reparationsfrage und einiger anderer Streitpunkte in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Zunächst wäre da das Problem der Staatsgrenzen Deutschlands und Polens. In Jalta entschieden die „Großen Drei“, Polens neue Ostgrenze entlang der sogenannten Curzon-Linie verlaufen zu lassen. Darüber haben wir in einem anderen Video ausführlicher gesprochen. Die polnischen Ostgebiete wurden der Sowjetunion zugeschrieben und sind heute Teile der Ukraine und von Belarus. Polen verlor dadurch 50 Prozent seines Vorkriegsgebietes. Zum Ausgleich dieser Gebietsverluste im Osten entschied man, die polnische Grenze im Westen bis an die Oder und Neiße zu verlegen und damit die Gebiete des deutschen Ostens – Ostbrandenburg, Hinterpommern, Ostpreußen, Schlesien und auch die Freie Stadt Danzig dem polnischen Staat zuzuteilen. Ein weitere folgenreiche Entscheidung der Potsdamer Konferenz war ein gigantischer Bevölkerungsaustausch, mit schrecklichen Folgen für jede und jeden Einzelnen. Dies führte zur Zwangsaussiedlung von über 2 Millionen Polen aus den Ostgebieten des polnischen Staates, die in die UdSSR eingegliedert wurden, und von mindestens 12 Millionen Deutschen aus den östlichen Teilen des deutschen Staates, aber auch aus der Tschechoslowakei und aus Jugoslawien.

Marvin Rees: Sie haben den Begriff „Bevölkerungsaustausch“ genutzt. In Deutschland wird dagegen meistens von Flucht und Vertreibung gesprochen. Die deutschen Betroffenen und inzwischen ihre Nachkommen haben sich in Verbänden organisiert und sind vor allem mit dem „Bund der Vertriebenen“ auch in der deutschen Öffentlichkeit und in den polnisch-deutschen Beziehungen präsent. Über Jahre haben sie vom polnischen Staat Entschädigungen für den Besitz gefordert, den sie in ihren früheren Siedlungsgebieten zurücklassen mussten. Vor ein paar Jahren erklärte die Bundesregierung dann den 20. Juni zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung.

Marko Demantowsky: Ja, das stimmt... und es waren die Entschädigungsforderungen einiger Vertreter aus dem Umfeld der Vertriebenenverbände, vor 20 Jahren für Spannungen in den deutsch-polnischen Beziehungen sorgten. Diese Ansprüche gegen Polen wurden aber von Bundeskanzler Gerhard Schröder, im Jahr 2004 offiziell zurückgewiesen. Diese Geschehnisse zeigten, wie umstritten das Thema der Zwangsumsiedlungen bzw. Vertreibung in der Bundesrepublik noch lange Zeit war; wie bedeutsam es für viele Deutsche war und vielleicht noch ist, sich als Opfer der Entscheidungen zu sehen, die die Alliierten nach der deutschen Kriegsniederlage 1945 getroffen haben.

In der Tat wurden die Entscheidungen über die politische Zukunft Deutschlands und über seine Verpflichtungen, einschließlich der Reparationen, von den Siegermächten, und natürlich nicht vom deutschen Staat getroffen. Sehr lange richtete sich die Kritik gegen die Gebietsverluste und den Verlauf der neuen deutsch-polnischen Grenze. Die DDR hat die Grenze an Oder und Neiße auf sowjetischen Druck bereits 1949 völkerrechtlich anerkannt, die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches aber endgültig erst mit der deutschen Wiedervereinigung. Im Rahmen des sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrags und dann des Grenzbestätigungsvertrags von 1990 und damit erst beinahe 45 Jahre nach Ende des Krieges.

Die Westverschiebung der polnischen Grenze war eine Entscheidung der Siegermächte 1945, die die polnischen Gebietsverluste im Osten kompensieren sollte. Diese Entscheidung hat nichts mit etwaigen deutschen Kriegsreparationen an Polen zu tun.

Marvin Rees: Was für eine Entscheidung haben dann die Alliierten während Potsdamer Konferenz bezüglich der deutschen Reparationen an Polen getroffen?

Marko Demantowsky: Im Potsdamer Abkommen entschied man, dass jede der vier Siegermächte ihre Ansprüche aus den ihrer jeweiligen Besatzungszone befriedigen sollte. Die polnischen Ansprüche sollten über den sowjetischen Bereich abgedeckt werden, wobei die Sowjetunion darauf verzichtet hat, aus den deutschen Gebieten, die unter polnische Verwaltung gestellt worden sind, Reparationen zu beziehen. Die Reparationen sollten in Form von Sachlieferungen, Demontagen von Industriebetrieben und aus deutschen Auslandsguthaben geleistet werden. Zusätzlich sollte die UdSSR einen Teil der Reparationsentnahmen aus den westlichen Zonen erhalten.

Marvin Rees: und wie wurde Polen der Anteil an den der Sowjetunion zustehenden Reparationen ausgezahlt?

Marko Demantowsky: Im August 1945 unterzeichnete die kommunistische Regierung Polens einen Vertrag mit der UdSSR, der die Zahlungen an Polen regulierte. Die UdSSR sollte Polen einen Teil der demontierten Industrieanlagen sowie 15% aller Lieferungen aus den westlichen Besatzungszonen überlassen. Dies scheint viel, im Gegenzug aber verpflichtete sich die Sowjetunion gegenüber Polen dazu, der UdSSR jährlich 8 bis 12 Millionen Tonnen Kohle zu einem vergünstigten Preis zu liefern. Dies stellte eine erhebliche Belastung der sich nur langsam von den Kriegsfolgen erholenden Wirtschaft Polens dar. Die im Potsdamer Abkommen geregelte Beteiligung Polens an den der Sowjetunion zugestanden Reparationen wurde dadurch also sachfremd an eine Gegenleistung Polens geknüpft.

Marvin Rees: Im August 1953 verzichtete die Sowjetunion auf die weiteren deutschen Reparationen, gefolgt von Polen. Wie lässt sich das erklären?

Marko Demantowsky: Dies lässt sich durch die verstärkte Blockbildung zwischen Ost und West in den ersten Nachkriegsjahren erklären. Mit dem Londoner Schuldenabkommen vom Februar 1953 zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik wurden die deutschen Schulden erheblich gesenkt und Zahlungsfristen verlängert. Wichtiger wurde nun der wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands und eine enge Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den westeuropäischen Staaten und den USA. Damit stärkte man den neuen Partner im westlichen Bündnis deutlich.

Da seit 1946 Reparationen nur noch aus dem Teil Deutschlands geleistet worden sind, der unter sowjetischer Verwaltung stand und dann 1949 zur DDR wurde, bekam die Reparationsfrage in der Auseinandersetzung des Kalten Krieges eine neue Bedeutung. Zusätzlich verstärkt wurde dies durch den Volksaufstand in der DDR vom Juni 1953. Die sowjetische Führung entschied sich in dieser Situation aus politischem Kalkül, auf weitere Reparationen aus der DDR zu verzichten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden aus diesem Teil Deutschlands vergleichsweise gewaltige Reparationsleistungen an die Sowjetunion geleistet.

Marvin Rees: Diese Entscheidung hatte auch für Polen weitreichende Folgen...

Marko Demantowsky: Ja, am 23. August 1953 verzichtete die Regierung der Volksrepublik Polen auf die Zahlung von Reparationen durch Deutschland. In der Konsequenz erklärten im Jahr 1957 die polnische und sowjetische Regierung das Problem der Reparationszahlungen als gelöst. Die Gesamtsumme der an Polen durch die UdSSR ausgezahlten Reparationen belief sich auf rund 28 Millionen Dollar.

Marvin Rees: Im Vordergrund der aktuellen Reparationsdebatte in Polen stehen aber die Ansprüche an Deutschland und die angebliche Unwirksamkeit der Erklärung von 1953. Ist diese Erklärung über den Verzicht auf Reparationszahlungen bindend oder nicht?

Marko Demantowsky: Diese Frage ist inzwischen tatsächlich umstritten. Die deutsche Bundesregierung betrachtet diese Angelegenheit aufgrund dieser Erklärung der Volksrepublik Polen von 1953 und der Bestätigungen 1957, 1970 und 1990 weiterhin als erledigt. Die Rechtsverbindlichkeit dieser Erklärung der polnischen Regierung wurde von ihr im Jahre 1970 bestätigt, als die Bundesrepublik und die Volksrepublik Polen diplomatische Beziehungen aufgenommen haben und nun auch der westdeutsche Staat die Oder-Neiße-Grenze als neue Westgrenze Polen anerkannt hat. Auch im Jahre 1990 im Rahmen des Zweiplusvier-Abkommens stand die Verbindlichkeit dieser Erklärung von polnischer Seite nicht in Frage.

Marvin Rees: Wie kam es dann zu dem aktuellen Streit?

Marko Demantowsky: In Deutschland haben sich seit den 1990er Jahren zunehmend

Stimmen Gehör verschafft, die nach dem Muster der Besitz-Rückübertragung oder Entschädigung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, öffentlich zynischerweise dargestellt als Orientierung an der Jewish Claims Conference, nun auch ähnliche Forderungen an die Republik Polen erhoben. Zum Symbol dafür wurde die sogenannten Preussische Treuhand. Diese Initiativen haben in Polen verständlicherweise grosse Empörung ausgelöst und die Debatte um die deutsche Kriegsreparationen eröffnet. Die dann schrittweise aufkommenden Reparationsforderungen an Deutschland lassen sich auch als eine geschichtspolitische Antwort auf die deutschen Revanchisten verstehen, besonders im nationalkonservativen Spektrum der polnischen Politik wurden diese Forderungen aufgenommen. Der damalige Stadtpräsident von Warschau, Lech Kaczynski, liess 2004 systematisch die Kriegsschäden in Warschau ermitteln und kam auf 45.3 Milliarden US-Dollar.

Marvin Rees: Und dann verabschiedete das polnische Parlament im Jahre 2004 fast einstimmig eine Resolution, die feststellte, dass Polen von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg keine angemessenen Kompensationen erhalten habe. In einem anderen Beschluss des Parlaments wurde die Regierungserklärung von 1953 als ungültig erklärt...

Marko Demantowsky: Ja, genau. Daraufhin veröffentlichte die polnische Regierung im selben Jahr eine offizielle Erklärung, in der sie nochmals auf die völkerrechtliche Geltung der polnischen Erklärung von 1953 offiziell hinwies.

Diejenigen, die die Rechtsverbindlichkeit der Erklärung von 1953 in Zweifel ziehen, führen meistens zwei Argumente ins Feld: erstens könne die Erklärung für ungültig erklärt werden, da die polnische Regierung von Moskau unter Druck gesetzt worden sei und die Gefahr einer Intervention der UdSSR bestanden hätte. Zweitens habe die Volksrepublik nur auf die Zahlung von Kriegsreparationen seitens der DDR verzichtet. Folglich trage die Bundesrepublik, als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs, weiterhin die Verpflichtungen des sog. Dritten Reichs, damit auch für die Zerstörung Polens während der deutschen Invasion und der deutschen Besatzung. Die Bundesrepublik Deutschland habe weder vor noch nach der Wiedervereinigung Deutschlands mit Polen einen Vertrag geschlossen, der die Frage der Kriegsreparationen geklärt habe. Eine ähnliche Haltung vertritt auch die polnische Regierung seit 2017.

Marvin Rees: Und was ist mit den Verträgen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung bezüglich der Entschädigung von NS-Opfern?

Marko Demantowsky: Stimmt, die Entschädigung individueller Opfer des NS-Terrors wurde durch internationale Verträge geregelt. Ich erinnere nur daran, dass das andere Leistungen sind, als Kriegsreparationen, die gefordert werden, um vom Kriegsgegner verursachte Schäden zu kompensieren. Bis 1972 bestanden keine diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.

Die ersten finanziellen Leistungen an über 1000 polnischen Opfern medizinischer Menschenversuche wurden in den 1960-er Jahren von der Bundesrepublik indirekt über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gezahlt.

Nach der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen im Jahr 1972 schlossen die beiden Staaten ein erstes direktes Abkommen, mit dem Entschädigungsleistungen an polnische Opfer pseudomedizinischer Menschenversuche geregelt worden sind. Im Rahmen dieses Abkommens wurden der polnischen Regierung 100 Millionen D-Mark ausgezahlt, die diese an über 4.000 überlebende Opfer weitergeleitet hat. Eine weitere Etappe der Entschädigungszahlungen an polnische NS-Opfer war die Gründung der „Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ im Jahr 1991 durch die Regierungen der beiden Länder.

Marvin Rees: Die zuständig war für die Auszahlung finanzieller Unterstützungen an ehemalige polnische Zwangsarbeiter des Deutschen Reichs...

Marko Demantowsky: Genau. Zwischen 1991 und 2004 hat die Stiftung über 700.000 Millionen Złoty an rund 600.000 Personen ausgezahlt. Die Bundesregierung gründete im Jahr 2000 die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“. Die Stiftung koordinierte die Zahlung von Entschädigungen an ehemalige Zwangsarbeiter des NS-Regimes weltweit. Aus Mitteln dieser Stiftung, wurden bis 2006 weitere 3,5 Milliarden Złoty – also über 975 Millionen Euro – an 500.000 Opfer ausgezahlt. Die Stiftung ist aber auch kulturell für die polnisch-deutsche Verständigung tätig, zum Beispiel finanziert sie auch dieses unser Videoprojekt.

Marvin Rees: Wir sprechen hier über sehr hohe Summen für die einzelnen Überlebenden. Wenn man aber auf die Opferzahlen schaut, dann mussten durch den Zweiten Weltkrieg über 5,65 Millionen polnische Staatsbürger*innen sterben. Millionen Menschen wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich deportiert. Hunderttausende kamen in Konzentrationslager oder Ghettos. Die Zahlungen haben nur einen Teil der Verluste kompensiert. Viele Opfer und ihre Familien haben nicht einmal eine symbolische Entschädigung erhalten.

Marko Demantowsky: Das stimmt. Diese Entschädigungen wurden erst sehr spät wirksam zur Verfügung gestellt und organisiert. Größere Unterstützungssummen flossen erst ab den 1990er Jahren. Viele Opfer haben dies nicht mehr miterlebt und sind verstorben, bevor sie Entschädigungen hätten erhalten können und damit auch offiziell als Opfer der NS-Verbrechen anerkannt worden wären. Das hat in Polen viel Enttäuschung und Verbitterung hervorgerufen.

Während unseres heutigen Gesprächs haben wir einige Aspekte besprochen, die das komplexe Thema der Forderung deutscher Kriegsreparationen an Polen bestimmen: die gewaltigen Umbrüche in beiden Nationen und ihrer politischen Ordnungen infolge des Potsdamer Abkommens von 1945, dessen Bestimmung, dass polnische

Reparationsansprüche aus dem Anteil der deutschen Reparationen an die Sowjetunion zu befriedigen wären, dann der Einfluss des Kalten Krieges auf die Umsetzung des Potsdamer Abkommens, die Einbettung Polens und der DDR in das sowjetische Machtsystem, die fehlenden diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis 1972, die neue Zeit in den polnisch-deutschen Beziehungen seit dem 2puls4-Vertrag 1990.

Marvin Rees: Beide Staaten haben seit der neuen Forderung der polnischen Regierung 2017 ihre Positionen in der Frage deutscher Kriegsreparationen an Polen klargestellt. Die gegenwärtigen politischen Debatten in Deutschland und Polen zeigen, dass sich diese Positionen möglicherweise verändern...

Marko Demantowsky: Deutlich wird dies besonders an den im Juni 2020 präsentierten gemeinsamen Empfehlungen der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe. Den noch lebenden NS-Opfern und ihren Angehörigen sollen weitere Entschädigungen angeboten und nun auch ganzen Ortschaften symbolische Entschädigungen zur Verfügung gestellt werden. Die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in Polen sollen in Deutschland besser dokumentiert und verdeutlicht werden, sie sollen eine wichtigere Rolle in der deutschen Erinnerungskultur erhalten. Außerdem soll es eine finanzielle Förderung polnischer Kulturprojekte geben, da die deutsche Besatzungspolitik nicht zuletzt auch die Zerstörung der polnischen Kultur zum Ziel hatte. Immer deutlicher wird dabei die Bedeutung nicht nur von finanziellen, sondern auch von einer moralischen Verpflichtung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen betont. Das alles wären wichtige neue Initiativen in der polnischen-deutschen Frage der polnischen Forderung von Kriegsreparationen.

Marvin Rees: Wahrscheinlich werden diese Vorschläge Deutschland und Polen einer für beide Seiten zufriedenstellenden Lösung näher bringen?

Vielen Dank für das Gespräch und euch fürs Zuschauen. Wenn ihr Anmerkungen habt, könnt ihr uns gerne einen Kommentar unterm Video oder auf einem unserer Social Media Kanäle da lassen. Und schaut euch doch auch die übrigen Filme der #projektODRA Reihe an!



Team

projektODRA ist ein gemeinsames Projekt der Pädagogischen Hochschule FHNW, des Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław (WBZ) und des Institutes für Digital Humanities der Universität Köln.

Das Projekt wird gefördert von der Pädagogischen Hochschule FHNW sowie der Stiftung “Erinnerung, Verantwortung und Zukunft” im Rahmen des “digital // memory“-Programms.

Projektleitung:

Marko Demantowsky und
Krzysztof Ruchniewicz

Projektkoordination & Videoproduktion:

Björn Klein

Wissenschaftliche Mitarbeit:

Dominika Uczkiewicz
Jürgen Hermes
Dennis Demmer
Marvin Rees
Josef Mayr
Moritz Hoffmann

Grafische Gestaltung:

Kama Sokolnicka

Übersetzung:

Maria Albers

Ein gefördertes Projekt der



#projektODRA ist ein internationales
Forschungsprojekt von



unterstützt durch



kamasoko.com

Muttenz, Schweiz, 2019-2021